

10. FEB. 1960



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/3A - 10. Februar 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Kritik des Kölner Urteils Von Ulrich Lemmer, MdB	58
3	Industrieinteresse und Volksgesundheit Notwendiges Nachwort zu der Bundestagsdebatte über die Lebensmittelverordnungen Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB	36
4	Seiniger Rüstung - mehr Gesundheit: Weltgesundheitsorganisation und bereitet neue Vorschläge Von Bruno Auster, Genf	44
5 - 6	Linksentwicklung in Frankreich? Nach der Niederschlagung des faschistischen Aufstandes Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	57

\* \* \*

\* \*

### Kritik des Kölner Urteils

Von Ulrich Lehner, MdB

Die beiden Strolche Strunk und Schönen, die in der Weihnachtsnacht des vergangenen Jahres die Kölner Synagoge und das Ehrenmal für die Opfer des Faschismus besudelten, haben milde Richter gefunden. Das Strafmaß und vor allem die Begründung des Urteils verdienen eine kritische Betrachtung.

Landgerichtsdirektor Metzke, der Vorsitzende des Gerichts, meinte die Kammer habe den milden Spruch deshalb gefällt, weil die beiden Angeklagten "politische Wirrköpfe ohne jegliches fundiertes politisches, geschichtliches oder allgemeines Wissen" seien. Das trifft gewiß zu. Aber läßt diese Begründung nicht die Deutung zu, daß man sich unter Antisemiten auch etwas anderes als Wirrköpfe vorstellen könne? Auch Hitler war schließlich ein Psychopath, aber das hat seine Anhänger nicht daran gehindert, ihn Deutschland ins Verderben führen zu lassen.

Und was hat sich Herr Metzke dabei gedacht, als er anführte, man habe dem Angeklagten Schönen nicht widerlegen können, daß er bei der Besudelung des Ehrenmals für die Opfer des Faschismus gegen dessen Inschrift "Dieses Mal erinnert an Deutschlands schandvollste Zeit von 1933 bis 1945" habe protestieren wollen, eine Inschrift, die Schönen als "eine Selbetschmutzung unseres Volkes" bezeichnete? Ein Richter, der diese Motivierung zwar primitiv findet, aber "doch nicht so abwegig", hat selber nicht begriffen, wie wir Deutsche mit unserer Vergangenheit ins Reine kommen können.

Das Gericht hat es abgelehnt, die Angeklagten wegen ihrer antisemitischen Grundhaltung zu bestrafen. Es ließ sich von der Angeklagten Strunk einreden, er habe die Juden nicht als Religionsgemeinschaft sondern "als Rasse und als Ausländer" treffen wollen.

Dieser Antisemitismus "als solcher" sei nicht strafbar, meinte der Gerichtsvorsitzende....

Haben aber die Nazis ihre Judenverfolgungen nicht gerade aus diesem Rassenwahn heraus begonnen? Und gab das Gericht durch seinen ausweichenden Entscheid nicht jedem Antisemiten eine Ausrede an die Hand?

Der Angeklagte Schönen bemerkte in seinem Schlußwort, er werde vielleicht neben Leo Schlageter "als ein Verteidiger des deutschen Soldatentums in die Geschichte eingehen". Dennoch drückte das Gericht seine Hoffnung aus, daß aus ihm noch einmal etwas Vernünftiges werden könne. Wir hoffen das auch, aber es wäre gerade angesichts der Vorstrafen der Angeklagten und ihres lümmelhaften Benehmens während der Gerichtsverhandlungen richtig gewesen, ihnen eine im Ausmaß und in der Begründung abschreckende Strafe aufzuerlegen.

Schließlich tat das Gericht den geäußerten Verdacht, die Angeklagten seien Exponenten einer vorzweigtieren Gruppe, mit wenigen Bemerkungen ab. Das mag zutreffen, soweit es sich im formalen Sinne um Untergrundorganisationen oder ähnliche Gebilde handelt. Aber das geistige Hinterland der beiden Ströme ist eindeutig auszumachen, und das Gericht blieb nicht im Unklaren darüber, an welchen Vorbildern und an welcher Art "Literatur" sich Strunk und Schönen orientierten.

So ist das Gericht nicht unschuldig daran, wenn sich eine im ganzen auch milde Prozeßführung gegenüber den Angeklagten Mißdeutungen ausgesetzt sieht. Man muß leider feststellen, daß das Kölner Urteil der politischen Selbstachtung, der Demokratie und der moralischen und zeitgeschichtlichen Bewältigung unserer Vergangenheit nicht gerecht wird.

## Industrieinteresse und Volksgesundheit

Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB

Mitte Dezember brachte der Bundesinnenminister seine Lebensmittelverordnungen ein, in denen auch die Verwendung von chemischen Stoffen für zulässig erklärt ist, die von der Wissenschaft als verdächtig und gefährlich bezeichnet werden. Die sozialdemokratischen Redner machten in der Beratung Mitte Dezember darauf aufmerksam und beriefen sich dabei auf den angesehensten deutschen Forscher auf dem Gebiet der Entstehung von Krebs durch "Summation", d.h. durch wiederholte Einwirkung geringfügiger Mengen chemischer Stoffe über lange Zeit, sie beriefen sich auf Professor Druckrey/Freiburg i.Br., der jahrelang Vorsitzender der Krebskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft war.

Die Regierungsparteien aber verhalfen dem Industrieprejudiz zum Sieg mit einem lange vorbereiteten Manöver. Vor Monaten hatte ein Herr Professor Oettel von der Badischen Anilin- & Sodafabrik Ludwigshafen, der nie quantitative Versuche auf dem Gebiet der Krebsentstehung durch Summation gemacht hat, eine ungewöhnlich umfangreiche Pressiskonferenz gehalten. Herr Oettel verkündete, dass es keine solche Summationswirkung gebe, das gleiche behauptete er in einem wissenschaftlichen Vortrag, zu dem aber Druckrey nicht eingeladen worden war.

Mit anderen Worten: die Industrie kann ruhig ihre gefährlichen Zusatzstoffe und Färbemittel weiter verkaufen, es ist alles nur halb so schlimm. Ein Teil der Presse verstand, was gemeint war und berichtete: alles nur Panikmache - wie gehabt - die Industrie will Tuer Bastes, wenn sie Eure Lebensmittel "verbessert".

Das war starker Tobak für die Wissenschaft und es protestierte nicht nur Prof. Druckrey, sondern sogar der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Auf die Interessenvertreter der Industrie bei der CDU machte das aber keinen Eindruck. Sie hatten ihren "Kronzeugen" und Frau Dr. Pannhoff (CDU) berief sich auf ihn in der Debatte kurz vor Weihnachten. Natürlich stimmten die Regierungsparteien wie am Schnürchen für die Industrieinteressen.

So bekam die Bevölkerung der Bundesrepublik als Weihnachtsgeschenk die gesetzliche Garantie, dass auch weiterhin wenigstens einige gefährliche Stoffe in den Lebensmitteln sein werden. Ob diese "kleine Gefälligkeit" der CDU zu Gunsten der interessierten Industrie von dieser bei der kommenden Bundestagswahl auch wieder "honoriert" wird, dürfte sich bald herausstellen.

## Weniger Rüstung - mehr Gesundheit

Von Bruno Kuster, Genf

Der Exekutivrat der Weltgesundheitsorganisation, der soeben in Genf seine Arbeit beendete, unterbreitet dem 13. Welt-Gesundheitskongreß, der am 3. Mai in Genf beginnen wird, den Antrag, die Mitgliedsstaaten aufzurufen, einen Teil der Mittel, die im Falle der Abrüstung frei würden, für eine Erhöhung ihrer Gesundheitsbudgets zu verwenden. Wohl zum ersten Mal wird damit in einem offiziellen Dokument ein direkter Zusammenhang zwischen den schröcklichen Rüstungsausgaben und dem Unvermögen, den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden, anerkannt. Es darf vielleicht noch beigelegt werden, daß die Sicherheit der Völker heute nicht mehr durch Waffen gewährleistet werden kann, sondern nur durch eine gemeinschaftliche Anstrengung zur Überwindung von Not und Elend in der ganzen Welt.

Die brennenden Aufgaben, denen sich allein die Weltgesundheitsorganisation gegenübergestellt sieht, zeigen deutlich genug, daß die Rüstungsausgaben zu einem untragbaren Verhängnis geworden sind. So wurde beispielsweise erkannt, daß die Gesundheitspolitik der meisten Länder fragwürdig bleibt, sofern nicht die ganze Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser versorgt werden kann. Was nützt die Propagierung der modernen Hygiene, wenn man in Zehntausenden von Dörfern das Trinkwasser aus stagnierenden oder verunreinigten Gewässern schöpft? Noch niemand hat es gewagt, die enormen Kosten, die durch die Trinkwasserbeschaffung in der ganzen Welt entstehen werden, zu errechnen. Aber die Weltgesundheitsorganisation will wenigstens an einigen "Modellen" zeigen, was getan werden kann und muß. Ein erster Beitrag von 300 000 Dollars an den Trinkwasserfonds wurde von den USA geleistet. Er wird es ermöglichen, praktische Erfahrungen zu sammeln, die dann die Ausarbeitung eines umfassenden Programms ermöglichen werden.

Neuerdings befaßt sich die Weltgesundheitsorganisation auch mit der Verstärkung der medizinischen Forschung, indem sie als einzige internationale Stelle dank ihrer Autorität und Universalität in der Lage ist, die nationalen Forschungsarbeiten zu koordinieren und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Zweifellos kann dadurch die "Produktivität" wesentlich gesteigert werden. Verschiedene Wissenschaftler äußerten sogar die Überzeugung, daß die Weltgesundheitsorganisation in der Zukunft in dieser Tätigkeit eine ihrer wichtigsten Funktionen finden werde.

Unter den Erkrankungen, deren Erforschung und Heilung als besonders dringend erachtet wird, figurieren Malaria, Tuberkulose, Lepra, Krebs und andere.

Gelingt es der Menschheit, der Lösung dieser Aufgaben jene Kräfte zuzuwenden, die bis jetzt der Herstellung von Rüstungsmitteln gewidmet werden, darf von einem echten Fortschritt, einem Sieg des Humanismus, gesprochen werden.

### Linksentwicklung in Frankreich ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Niederschlagung des faschistischen Aufstandes und die darauf folgende Säuberung nicht nur in rechtsextremistischen Kreisen, sondern auch im rechten Flügel der gaullistischen Regierungspartei UMR und selbst bei den Rechtsunabhängigen hat unvermeidlich eine Linksentwicklung zur Folge, die sich auch in einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb des Regimes auswirkt, zugleich aber bereits den Wiedereintritt der Sozialisten auf die Tagesordnung stellt.

Mollet, Aussenminister, und Max Lejeune, Verteidigungsminister - diese beiden Namen wurden nach Liquidierung des Algier-Aufstandes immer wieder genannt. Der Weg scheint aber noch nicht ganz frei zu sein, wenn er auch durch das Ausscheiden Jacques Soustelle's aus der Regierung erleichtert wird. Der frühere Generalgouverneur Algeriens war ja der Chef der Maiputschisten 1958 und leitet immer noch den rechten Flügel der Gaullisten, die jetzt in offener Opposition zum Regime stehen.

Auch von einer Rückkehr Gaillards und Pflimlins ist die Rede; die Chefs der beiden alten "Systemparteien", der Radikalen und der Volksrepublikaner, scheinen aber ebenso wie die SFIO Anstoss an der Person des gegenwärtigen Premierministers Debré zu nehmen; man erwartete schon nach dem Januaraufstand, daß de Gaulle einen neuen Regierungschef einsetzt. Der Staatspräsident scheint aber etappenweise vorgehen zu wollen.

### Die neue Regierung

Die bereits vorzunehmenden Änderungen in der Regierung sind jedenfalls bezeichnend. Auber Soustelle wurde auch dessen Grund Cornut-Gentille durch ein Dekret aus der Regierung ausgeschlossen - die beiden Rechtsgaullisten weigerten sich, "freiwillig" zurückzutreten. Soustelle wurde als Saharaminister von Lacour, einem katholischen Demokraten ersetzt. Der neue Verteidigungsminister Measner ist ein früherer Kabinettschef des sozialistischen Oberstministers Daffre, der bekanntlich innerhalb der SFIO stets die Algerienpolitik Lacoste's scharf abgelehnt und liberale Lösungen angestrebt hat. Der neue Informationsminister Darrennoire ist scharfer Gegner der Ultras und überzeugter Anhänger de Gaulles; er kommt aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Bezeichnend ist schließlich die besonders starke Rolle, die Justizminister Ricquel spielt, der seit jeher als "Linksgaullist" gilt. Die Änderungen innerhalb der Regierung weisen also schon ziemlich auf die weitere Wegrichtung hin. Man kann sagen, daß diese Entwicklung schon vor dem Januaraufstand mit dem Ausscheiden Pinays, des Chefs der Rechtsunabhängigen, begonnen hat.

### Die Haltung der Sozialisten

Die SFIO hat in der Nationalversammlung und im Senat für das Notverordnungsrecht de Gaulles gestimmt, im festen Vertrauen, daß diese Vollmachten jetzt nur gegen die Ultras und nicht etwa gegen links verwendet werden. Alle SFIO-Abgeordnete waren allerdings nicht dieser Meinung, denn in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstands und der Parlamentsfraktion stimmten 59 für und 26 gegen die Vollmachten und in der Nationalversammlung stimmten zwei SFIO-Abgeordnete gegen den Regierungsantrag.

Guy Mollet erklärte vor der SFIO des Seine-Departements, die Absichten de Gaulles "entsprechen in grossen Zügen den Absichten der Sozialistischen Partei". Die Linke müsse de Gaulle unterstützen, "denn es wäre ein arger Irrtum, zu glauben, der Widerstand gegen eine liberale Entwicklung in Algerien sei gebrochen." Aus diesem Grunde habe die SFIO für die Vollmachten gestimmt. Und der "Populaire" brachte auch nachher die "Beunruhigung" der Linken über die Regierungsvollmachten zum Ausdruck, ist aber überzeugt, daß sie zur "Verteidigung der Republik und für den Frieden in Algerien" eingesetzt werden.

### Die Linksoption

Linksdekreten und Autonome Sozialisten sind skeptischer. Sie fordern rasche und öffentliche Bestrafung der Putschisten, radikale Säuberung der Armee und Verwaltung. Sie verweisen vor allem auf die Verantwortung der Regierung. "Wir klagen an" schreibt Depreux in der "Tribune du Socialisme". Am 3. April findet der Einigungsparteitag der oppositionellen sozialistischen Parteien statt.

Auch die Kommunisten stimmten gegen die Regierungsvollmachten. Thorez erklärte sogar, die "persönliche Macht" de Gaulles sei gegenwärtig gefährlicher als die faschistische Drohung. Die Politik der französischen Kommunisten unterliegt aber im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Chruschtschew-Besuch starken Schwankungen.

### Perspektiven

Die gesamte französische Linke fordert jedenfalls entschiedenes Vorgehen gegen die Putschisten und ihre Komplizen. Die Rechtsradikalen haben durch ihren Wahnsinnsstreich vom 24. Januar einen Schlag erlitten, wie er ihnen seit den grossen Nachkriegssäuberungen gegen die Kollaborateure nicht mehr zugefügt worden ist. Allein die Tatsache führt zu einer Verschiebung des Gleichgewichtes nach links, ganz unabhängig von Willen und Trachten der einzelnen Parteien und Persönlichkeiten. Es ist bezeichnend, daß der konservative "Figaro" von Anfang an sehr für gegen die Putschisten Stellung nahm und daß selbst die rechtsbürgerliche "Aurore", die gewisse "Patrioten" in Schutz zu nehmen versucht, heute schreiben muß: "Niemand hätte Verständnis dafür, daß ein bewaffneter Aufstand strafflos bleibt."

+ + +